Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 186 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 14.03.2025

Leserbrief

zum Bericht „Kommt ein Handyverbot an Schulen“ + Kommentar „Handyverbot ist zu kurz gedacht“ vom 13. März 2025 in der Buchloer Zeitung

Von den 168 Stunden einer Woche sind Kinder ca. 25 Stunden in der Schule und trotzdem soll diese für die sinnvolle Handynutzung der Kinder verantwortlich sein? In den meisten Schulen ist die Handynutzung - außer für schulische Zwecke - verboten. Schülern, welche sich nicht an das Verbot halten, kann das Smartphone abgenommen werden, muss aber am gleichen Tag wieder zurückgegeben werden. Lerneffekt – NULL! Eltern kaufen ihren Kindern ein Smartphone und wollen später häufig nicht die Personen sein, welche Regeln aufstellen und kontrollieren. Der problematische Umgang mit dem Handy geschieht i.d.R. in der Aufsichtszeit der Eltern. Wenn es Probleme (Mobbing, Sucht, …) im Umgang mit dem Smartphone gibt, soll aber die Schule diese Probleme lösen, ohne dafür Rückhalt bei den Eltern zu haben, denn diese haben überhaupt kein Verständnis, wenn ihrem Kind das Smartphone abgenommen wird. Zu Informationsabenden erscheinen maximal 10 % der eingeladenen Eltern. Schule kann und soll nicht der Problemmüllhaufen der Eltern sein, welche nicht Eltern, sondern Freunde ihrer Kinder sein wollen.

Leserbrief

zum Leitartikel „Eine Minderheit nötigt die Mehrheit“ von Rudi Wais, Buchloer Zeitung 14.03.2025

Rudi Wais zeigt in diesem Leitartikel einmal mehr sein durchaus spannendes Demokratiemodell. Er argumentiert mit den Stimmen, welche für die FDP oder die Freien Wähler abgegeben wurden um eine Mehrheit rechts der Mitte zu konstruieren. Hallo Herr Wais, die Wähler haben entschieden, dass die FDP und die FW im Bundestag überflüssig sind. Die Verhandlungsposition der Grünen als „erpresserisch“ zu bezeichnen ist unredlich, denn wenn jemand etwas will (CDU/CSU/SPD), dann darf /muss man (Grüne) auch um eigene Punkte verhandeln, denn dafür wurde man gewählt. *„Fürs Erste wäre ihm (Merz) schon geholfen, wenn die Grünen die Realitäten endlich anerkennen und etwas mehr Demut vor dem Wahlergebnis zeigen würden. Das nämlich steht in krassem Gegensatz zu ihrem fordernden Auftreten.“.* Herr Wais fordert die Unterstützung von Herrn Merz durch die Grünen, ja er möchte die Grünen sogar demütig sehen. Warum eigentlich? Demut wäre von der CDU/CSU dafür zu fordern, dass sie im ganzen Wahlkampf, wider besseren Wissens, über eine Neuausrichtung der Schuldenbremse die Unwahrheit sagten und jeden schuldenfinanzierten Reformplan von Rot/Grün als Niedergang Deutschlands bezeichneten. Mit der Wahrheit die Wahl gegen die Lüge verlieren um dann im Leitartikel auch noch dazu aufgefordert zu werden, den Lügner demütig zu unterstützen - allerhand!

Bildquelle: pixabay

Lineare Lohnerhöhung abschaffen

Es wird im aktuellen Tarifstreit wieder um Prozente gerungen. Wer wird davon profitieren?

Fallbeispiel: Jährliche Erhöhung 5 % / 4 Jahre

Einkommen €	+ 5 % €	+ 5 % €	+ 5 % €	+ 5 % €
2500	2625	2756	2894	3039
4000	4200	4410	4631	4862
6000	6300	6615	6946	7293
8000	8400	8820	9261	9725

Prozentuale Erhöhungen werden als gerecht betrachtet, obwohl sie die Unterschiede zwischen Entgeltgruppen erhöhen.

Im obigen Beispiel erhöht sich das niedrigste Einkommen um 530 € von 2500 € auf 3039 €. Das höchste Einkommen erhöht sich um 1725 € von 8000 € auf 9725 €. Die reale Erhöhung ist mehr als dreimal so hoch, als beim niedrigsten Einkommen. Wer hätte aufgrund der Inflation und der Mietexzesse eine höhere Lohnsteigerung gebraucht?

Gerecht wäre es, alle Einkommen um denselben Betrag zu erhöhen, denn nur mit Geld, nicht mit Prozenten, kann man Miete zahlen und Lebensmittel kaufen. Lohnerhöhung dient dann dem sozialen Ausgleich und nicht der gesellschaftlichen Spaltung.

Gewinneinbruch

bei VW	**- 31 %**
Mercedes	**- 28 %**
BMW	**- 37 %**
und Porsche	**- 30 %**

Die Autoindustrie schreit nach Einsparungen, Steuererleichterungen und weniger Lohn für Arbeitnehmer, weil die die Gewinne dramatisch eingebrochen sind. Haben VW, Mercedes, BMW oder Porsche mit ihren Autos überhaupt noch Geld verdient?

JA! Stehen die Firmen kurz vor der Insolvenz? **Nein**

Der eingebrochene Gewinn von Volkswagen betrug 2024 12,4 Milliarden Euro. Damit betrug der durchschnittliche Gewinn pro verkauftem Auto ca. 1374 Euro.

Der eingebrochene Gewinn von Mercedes betrug 2024 10,4 Milliarden Euro. Damit betrug der durchschnittliche Gewinn pro verkauftem Auto ca. 4353 Euro.

Der eingebrochene Gewinn von BMW betrug 2024 7,7 Milliarden Euro. Damit betrug der durchschnittliche Gewinn pro verkauftem Auto ca. 3143 Euro.

Der eingebrochene Gewinn von Porsche betrug 2024 3,6 Milliarden Euro. Damit betrug der durchschnittliche Gewinn pro verkauftem Auto ca. 11586 Euro.

Also von einer echten Krise kann man nicht sprechen, wenn zwischen knapp 1400 € und ca. 11500 € pro Auto verdient werden kann und die Geschäftszahlen für die Zukunft positiv bewertet werden. Mitleid ist nicht angebracht!

Allerdings werden die Aktionäre nicht im gleichen Maße wohlhabender, wie in den Jahren zuvor und das ist ein echter Grund zu klagen. Wer reich ist, dessen jährliches Wohlstandswachstum sollte mindestens dreimal so hoch sein, wie das eines Arbeitnehmers.

Der Gesamtgewinn von Volkswagen, Mercedes, BMW und Porsche beträgt 34,1 Milliarden (34 100 000 000 €) – also fast nichts – oder etwa so viel, wie die Budgets von Bundesinnenministerium und Bundesforschungsministerium im Jahr 2024 zusammen. Auch das Bundesjustizministerium, das Umwelt- und Naturschutzbundesministerium, das Bundeskanzleramt, das Bundesaußenministerium, das Bundeslandwirtschaftsministerium, Bundesbauministerium sowie das Bundesfinanzministerium hatten 2024 zusammen ungefähr so viel Geld zur Verfügung, wie die vier Konzerne als „Krisengewinn“ einfuhren. Für Sozialwohnungsbau steht beim Bund nur ca. ein Zehntel des Gewinns dieser fast bankrotten Firmen zur Verfügung. Würde man den Gewinn nur dieses Krisenjahres abschöpfen, hätte man statt 62000 über 620000 Sozialwohnungen fördern können – also echt ein Grund zum Jammern für die CEOs von VW, Mercedes, BMW und Porsche.

Der Gewinneinbruch, besser Gewinnrückgang auf ein normales Maß, ist für die Konzerne ein willkommener Anlass über Krise zu reden, Reformen der Politik zu fordern, Arbeitnehmerrechte abzubauen, die Forderungen nach berechtigten Gehaltserhöhungen zurückzuweisen und trotzdem die Boni der Manager voll auszuzahlen.